

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 848 ppbn d

## Inhalt

Michael Müller MdB zeigt die Perspektivlosigkeit der Rechtskoalition anhand der Raketen-Debatte auf: Regierung ist nicht lernfähig. Seite 1

Dr. Hermann Scheer MdB wirft der Bundesregierung vor, mit ihrem Versprechen auf neue Abrüstungsverhandlungen von ihrer Verantwortung für neue Rüstungsrunden abzulenken: Genf ist gescheitert. Seite 3

Klaus Wettig MdEP würdigt Klaus-Peter Bruns anlässlich dessen 70. Geburtstag: Nicht nur Fach-Minister gewesen. Seite 4

### Dokumentation

Der Nestor der Katholischen Soziallehre, Professor Oswald von Nell-Breuning, äußerte sich kürzlich in einem KNA-Dienst zu den bevorstehenden Einschränkungen der Sozialhilfe. Wir dokumentieren diesen Text: Ordnungspolitik der fünfziger Jahre nicht umstürzen. Seite 6

38. Jahrgang / 225

24. November 1983

Die gesellschaftspolitische Unruhe bleibt

Die Politik der Regierungsfractionen: Perspektivlos und lernunfähig


Von Michael Müller MdB

Die Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP hat sich bei der Diskussion über den Vollzug des NATO-Doppelbeschlusses unfähig erwiesen, positiv auf die Sorgen und berechtigten Fragen der Bevölkerung einzugehen: Die Bundesregierung ist nicht lernfähig, sie erweist sich eindeutig als die Vertretung einer Politik, die überholt ist und deren Zeit objektiv abgelaufen ist.

In den letzten Monaten war die Diskussion in der Öffentlichkeit über Friedenspolitik in eine neue fruchtbare Phase eingetreten. Über die berechnete Ablehnung der Stationierung von Pershing II und Marschflugkörpern und damit im Entscheidenden der Durchbrechung der Zwangsläufigkeit des Rüstungswettlaufs hinaus wurde verstärkt die Frage von tragfähigen politischen Alternativen diskutiert. Demgegenüber stehen rechthaberische Regierungspolitiker, die sich lernunfähig zeigen.

Die breite und kreative Diskussion über andere, nicht vorrangig militärische Formen der Friedenssicherung steht in einem erschreckenden Gegensatz zu einem perspektivlosen Konfrontationsdenken.

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 812-1

Vertrieben durch  
mit.wem.wem Koblenz/Gr  
Registrier-Nr. 

Im Kern ist das NEIN zu neuen atomaren Raketen ein NEIN zu der Dynamik und Zwangsläufigkeit einer gesellschaftspolitischen Entwicklung, die für die Menschheit bedrohlich und zerstörerisch zu werden droht.

Die Entwicklungs- und Verhaltensänderungen der Bürger, die in der Friedensbewegung besonders deutlich werden, sind begründet im Versagen zentraler politischer Steuerungsinstrumente wie Wachstum, Markt und Wohlfahrtsstaat, die immer weniger in der Lage erscheinen, den inneren und äußeren Frieden zu sichern.

Die gesellschaftspolitische Entwicklung befindet sich in einer Grenzsituation, weil eine Trendverlängerung zum Beispiel der ständigen Verschwendung von Energie, der einseitigen Verteilung von Gütern, Arbeit und Entscheidungsmöglichkeiten, der Entleerung von Lebensfunktionen und der ständigen Überrüstung nicht geht.

Die Regierungsparteien hoffen, daß nach der Entscheidung des Parlaments zur Stationierung der Protest gegen die Politik der Bundesregierung langsam abbricht. Die Herren täuschen sich, denn die Grundprobleme bleiben:

Eine sich zuspitzende Problementwicklung in der Gesellschaft, das wachsende Verlangen der Bürger nach einem grundsätzlichen Umdenken und das Versagen traditioneller politischer Instrumente. Die konservative, perspektivlose und entsolidarisierende Politik der Bundesregierung wird daran nichts ändern, im Gegenteil: Sie trägt ein rüttelndes Maß an Verantwortung für Unzufriedenheit und Unruhe in der Bevölkerung.

Den CDU/CSU/FDP-Politikern stehen weiterhin harte Auseinandersetzungen bevor; auch die Verwechslung politischer Auseinandersetzung mit den Taktiken eines Studentenkongresses bei den GRÜNEN helfen nicht weiter. Die SPD steht vor der Aufgabe, Solidarität, soziale Gerechtigkeit und eine Politik des inneren und äußeren Friedens zu stärken und neu zu beweisen. -

(-/24.11.1983/ks/rs)

+ + +



Genf ist gescheitert

Mit dem Versprechen auf weitere Verhandlungen will die Bundesregierung von Ihrer Verantwortung ablenken

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Der Optimismus der Bundesregierung, es werde nach dem erwarteten Abbruch der Genfer Mittelstreckenraketenverhandlungen - nach einer Schamfrist - zur Wiederaufnahme dieser Verhandlungen kommen, ist unangebracht und realitätsfremd. Zwar kann man davon ausgehen, daß die beiden Supermächte irgendwann einmal wieder über Mittelstreckenraketen verhandeln. Die naheliegendste Vermutung ist jedoch, daß dies dann nicht mehr im Rahmen gesonderter Mittelstreckenraketenverhandlungen stattfinden wird. Diese sind gescheitert.

Stattdessen ist damit zu rechnen, daß die beiden Supermächte nur noch die START-Verhandlungen fortführen, und zu einem noch nicht auszumachenden späteren Zeitpunkt die Frage der eurostrategischen Waffen in diese Verhandlungen einbeziehen. Dies entspricht zwar der Forderung der SPD, beide Genfer Verhandlungsrunden zusammenzuführen. Aber beruhigend ist diese Entwicklung deshalb noch lange nicht für uns. Denn die SPD forderte dies vor einer Aufstellung der Mittelstreckenraketen. Wenn nun die Einbeziehung der Problematik der europäischen Mittelstreckenraketen in die START-Verhandlungen nach der Aufstellung der amerikanischen Waffen und erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt, werden sich neue Probleme für die europäischen Länder ergeben:

Die START-Verhandlungen waren bereits in den letzten Monaten relativ weit vorangeschritten. Es ist unwahrscheinlich, daß die USA und die Sowjetunion diesen Verhandlungsstand jetzt noch einmal vollkommen neu disponieren. Stattdessen werden sie im denkbar günstigsten Fall im nächsten Jahr auf ein START-Zwischenergebnis zusteuern, ohne Berücksichtigung der eurostrategischen Problematik. Damit stünden wir erneut vor dem Problem, das bereits der SALT II-Vertrag aufwarf, und das dann der NATO-Doppelbeschluß verhindern sollte: eine Einigung der beiden atomaren Supermächte bei den sie unmittelbar betreffenden strategischen Waffen auf dem Rücken eines weiter grassierenden euro-nuklearen Rüstungswettlaufs.

Wenn es dann anschließend zur Einbeziehung der Mittelstreckenfrage in die weiteren START-Verhandlungen kommt, so wird dies auf einem deutlich höheren atomaren Waffen-niveau in Europa stattfinden als gegenwärtig. Mit dem Versprechen auf weitere Verhandlungen lenkt also die Bundesregierung jetzt davon ab, daß sie die Verantwortung für weitere Rüstungsrunden trägt, weil sie dem Beginn der Stationierung der Mittelstreckenraketen Vorrang vor einem rechtzeitigen Verhandlungsergebnis gab.

(-/24.11.1983/ks/rs)

+ + +



Klaus-Peter Bruns wird 70

Der ehemalige niedersächsische Landwirtschaftsminister war niemals nur Fachpolitiker

Von Klaus Wettig MdEP

Mitglied des EP-Landwirtschaftsausschusses

Klaus-Peter Bruns, kurz vor Vollendung seines 70. Lebensjahres am 28. November, finden wir mitten im politisch-gesellschaftlichen Leben. Für uns, die wir ihn kennen, die wir über Jahrzehnte mit ihm zusammen gearbeitet haben, war dies immer so. Niemand von uns kann sich Klaus-Peter Bruns vorstellen, ohne an seinen rastlosen Einsatz für die kleinen und großen Dinge des politischen Lebens zu denken. Das Lösen praktischer Probleme, die Verbesserung des täglichen Lebens der Menschen, stets aber mit dem Blick auf weiterreichende Ziele, hat Klaus-Peter Bruns' Arbeit bestimmt, seitdem er nach dem Ende des Nationalsozialismus begann, für den Aufbau einer neuen Demokratie in Deutschland zu arbeiten.

Die Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus bewegten den 1913 in Krefeld geborenen jungen Landwirt, zur SPD zu gehen, weil er in dieser Partei seine Vorstellungen von einem demokratischen sozialen Deutschland einbringen konnte. Sein erster Schritt in die aktive Politik begann 1952 im Gemeinderat von Reinhausen, wo er die Sozialdemokraten bald zur stärksten Fraktion hochkämpfte. Die Bindung an seine neue Heimatgemeinde, deren Bürgermeister er ab 1954 bis zum Aufgehen Reinhausens in die Großgemeinde Gleichen war, hat Klaus-Peter Bruns nie aufgegeben. Er hat diese Gemeinde geprägt; bedacht darauf, Fortschritt mit gewachsenem Erscheinungsbild in Einklang zu bringen, so daß heute vielen, die Reinhausen besuchen, diese Gemeinde als beispielhaft für ländliche Entwicklung gilt. Kein Museumsdorf, sondern eine Gemeinde mit Charakter.

Der Bürgermeister von Reinhausen konnte im Kreistag von Göttingen und schließlich im Niedersächsischen Landtag seine politische Arbeit ausweiten. Daneben vollzog sich Klaus-Peter Bruns' Wirken in zahlreichen Ehrenämtern, nicht nur seiner Partei, die ihm als wichtigstes Amt von 1970 bis 1981 den stellvertretenden Bezirksvorsitz des Bezirks Hannover übertrug, sondern auch in landwirtschaftlichen und kirchlichen Organisationen. Als Vorsitzender der Agrar-sozialen Gesellschaft hat er bis heute ein Amt behalten, das seinem sozialen Engagement für die Landwirtschaft folgt.



Klaus-Peter Bruns ist niemals nur ein Fachpolitiker gewesen, obwohl seine Arbeit für die Landwirtschaft stets den Kern seines politischen Einsatzes ausgemacht hat; aber gegenüber anderen politischen Bereichen gab ihm die Landwirtschaftspolitik den größten Spielraum. Neben dem Kommunalpolitiker Bruns ist der Landwirtschaftspolitiker Bruns, vor allem durch seine Zeit als Niedersächsischer Landwirtschaftsminister von 1970 bis 1976 in unserer Erinnerung fest verankert. Es war eine erfolgreiche Zeit für ihn. Niedersachsen als "Agrarland" verdankt ihm wichtige Entscheidungen für die Entwicklung seiner leistungsfähigen Landwirtschaft. Der Gedanke von der "offensiven Marktstrategie", der in der Konsequenz bedeutet, daß nicht-subventionierte landwirtschaftliche Produkte sich am Markt behaupten und dem Landwirt außerdem ein angemessenes Einkommen sichern, wurde während seiner Ministerzeit mit Leben erfüllt. Ein weiterer Schritt zur Stärkung des ländlichen Raumes waren erste Schritte zu alternativen Erwerbsmöglichkeiten neben der landwirtschaftlichen Tätigkeit. Verdankt Niedersachsens Landwirtschaft ihm auch viel, vielleicht die wichtigsten Impulse seit 1945, so war Klaus-Peter Bruns doch kein reiner "Bauernminister".

Die Zuständigkeiten des Ministeriums im Umweltschutz hat er zu nutzen verstanden, auch gegen vordergründige Interessen aus der Landwirtschaft. Ein Anwalt des Umweltschutzes ist Klaus-Peter Bruns auch geblieben, als ihm 1976 nach dem überraschenden Sturz der niedersächsischen SPD-Regierung kein Regierungsamt mehr zur Verfügung stand. Der Umweltpolitiker Bruns hat den Landwirtschaftspolitiker zurückgedrängt, denn der Schutz unserer Umwelt galt ihm stets mehr als stolze landwirtschaftliche Produktionsziffern.

Seinen 70. Geburtstag wird Klaus-Peter Bruns mit vielen Freunden feiern, vor allem aber mit den Bürgern seiner Heimatgemeinde. Mitten im tätigen Leben wird er die Anerkennung für seine mit Leidenschaft und Durchsetzungskraft betriebene Arbeit erfahren. Wir haben ihm dafür zu danken und wir hoffen weiter auf seine Arbeit und seine Erfahrung.

(-/24.11.1983/ks/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

von Nell-Breuning warnt vor Zerstörung der Sozialhilfe

---

Der Nestor der Katholischen Soziallehre, Oswald von Nell-Breuning SJ, hat kürzlich in der Katholischen Nachrichten Agentur vor der Zerstörung des Systems der Sozialhilfe in der Folge der Haushaltsbegleitgesetze gewarnt, die von der Koalition in Bonn in Angriff genommen worden sind. Der SPD-Pressedienst veröffentlicht von Nell-Breunings Kritik wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung:

"Zu den im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes geplanten Änderungen der Sozialhilfe, insbesondere zur Einführung einer staatlichen Bedarfssteuerung, ist besonders eine Sorge vorzutragen. Es darf nicht sein, daß durch eine Vielzahl von in sich sehr geringfügigen Maßnahmen, die sich zum Ziel setzen, hier und dort eine Ersparnis zu erzielen, der Grundgedanke, man kann sogar sagen, die ordnungspolitische Entscheidung, die in den 50er Jahren mit dem Bundessozialhilfegesetz getroffen worden ist, getrübt oder gar grundlegend verfälscht wird.

Ich bin kein Sachverständiger in Sozialpolitik, sondern in Wirtschaftspolitik. Aber hier scheint mir eine vollständige Analogie vorzuliegen: Wenn wir uns entschieden haben zu einer bestimmten Ordnung unseres Wirtschaftslebens, dann kann man an einigen einzelnen Stellen eine Abweichung zulassen und dirigistische Maßnahmen, die unvermeidlich erscheinen, ergreifen. Wenn sich das aber häuft, wenn da das eine zum anderen kommt, dann ist am guten Schluß die ordnungspolitische Entscheidung umgestürzt, und an der Stelle einer klaren, durchdachten und folgerichtigen Ordnung haben wir ein Sammelsurium von Inkonsequenzen, die undurchschaubar werden und jedenfalls die einmal getroffene Linie preisgeben.

Das kann meiner Überzeugung nach auch derjenige, der in Einzelbestimmungen sich nicht auskennt, der sich also ein zurückhaltendes Urteil auferlegen muß, mit aller Klarheit, mit aller Entschiedenheit, mit aller Überzeugung aussprechen.

Wenn ich zurückdenke an das grundsätzliche Ringen der 50er Jahre, wie wir damals unter Überwindung großer Schwierigkeiten eine Lösung gefunden haben, um die Freiheit und Selbständigkeit der freigemeinwirtschaftlichen Träger sozialer Einrichtungen - dasselbe gilt auch für den Bereich der Jugendhilfe - zu verbinden mit der



Letztverantwortlichkeit der öffentlichen Hand und des Gesetzgebers für flächendeckende Bereitstellung derjenigen Einrichtungen, die nun einmal vorhanden sein müssen, dann haben wir mit vollem Bewußtsein ein System geschaffen, das eine gewisse Inkonsequenz in sich trägt. Diese nicht wegzuleugnende Unebenheit hat sich nicht unbemerkt eingeschlichen; wir waren uns sehr wohl bewußt, hier zwei Dinge im Gesetz grundlegend zu verankern, die schwer miteinander zu vereinbaren sind, nämlich die Letztverantwortung der öffentlichen Gewalt für das Vorhandensein ausreichender Einrichtungen und der Vorrang der freien privaten und religiös-karitativ getragenen Einrichtungen; beide erschienen uns unverzichtbar.

Es hat damals bittere, leidenschaftliche Kämpfe darum gegeben. Ich habe selbst bezweifelt, ob das Bundesverfassungsgericht diese Lösung als tragbar anerkennen werde. Das Bundesverfassungsgericht hat sie akzeptiert. Die Verbissenheit des Ringens ist abgeklungen. Wir sind dahin gekommen, daß sich hier, ungeachtet dieser nicht zu bestreitenden, inneren Inkonsequenz des Systems, eine wirklich freie und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand und den von ihr getragenen Einrichtungen und den freigemeinwirtschaftlichen Einrichtungen herausgebildet hat. Wenn jetzt durch eine Anzahl an sich geringfügiger Maßnahmen die Befugnisse der Behörden verstärkt werden, dann ist die sehr große Sorge, die wir haben: Der weise Gesetzgeber setzt voraus, daß das sinnvoll durchgeführt wird; die Praxis der Behörden wird unserer Überzeugung nach unvermeidlich in eine Richtung führen, die letzten Endes das, was wir in den 50er Jahren grundgelegt haben, was sich in den dazwischen verlaufenen Jahren gut und erfolgreich eingespielt hat, sich allmählich in sein Gegenteil verkehrt und von der Wahlfreiheit der Hilfsbedürftigen nur noch die Erinnerung übrig bleibt.

Darum haben wir diese ernststen Bedenken und unterstützen voll und ganz die Forderung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge: Das Insgesamt der Einrichtungen und der gesetzlichen Regelung ist neu zu durchdenken. Bei diesem neuen Durchdenken werden wir sorgfältiger als früher auch auf die Gefahr des Mißbrauchs, auch auf die Gefahr des uferlosen Auswachsens der Kosten Bedacht nehmen. Wir dürfen nicht den umgekehrten Weg gehen, ausgehend von dem Bestreben, hier und dort Kosten einzusparen, den inneren Sinn zu verkehren und die innere Ordnung, die sich so gut eingespielt hat, zu zerstören."

(-/24.11.1983/ks/rs)

+ + +

